

Wolfgang Gabbert

## Der Aufstand der Zapatisten in Chiapas 1994. Vorbedingungen und Folgen

Am Morgen des 1. Januar 1994 besetzten etwa 5.000 Anhänger einer bis dahin der Öffentlichkeit unbekannten Guerillabewegung mehrere Dörfer und Städte von Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos. Die meist nur schlecht bewaffneten Kämpfer des "Zapatistischen Heeres der Nationalen Befreiung" (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional* – EZLN) – nur 200 Kämpfer verfügten über automatische Waffen – rückten in mehreren Kolonnen u.a. auf Ocosingo, Comitán, Las Margaritas und die größte Stadt des Hochlandes, den bekannten Touristenort San Cristóbal de Las Casas, vor. Jedoch gewann die mexikanische Bundesarmee bereits einen Tag später die Oberhand und suchte zunächst, den Aufstand durch einen massiven Gewalteininsatz, der auch Bombenangriffe beinhaltete, niederzuschlagen. Anders als in El Salvador und Guatemala, wo in den 1980er Jahren massivste Menschenrechtsverletzungen an Aufständischen oder vermeintlichen Sympathisanten durch die Armeen noch fast unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit begangen werden konnten, sah sich die mexikanische Regierung aufgrund weltweiter Proteste bereits am 12. Januar veranlasst, einen Waffenstillstand zu verkünden, der bis heute anhält. In Zusammenhang mit den Kämpfen wurden 13 Soldaten, 38 Beamte der Staatspolizei, mehr als 70 Kämpfer des EZLN und – die Schätzungen schwanken stark – zwischen 19 und 275 Zivilisten getötet.<sup>1</sup> Jedoch hat die politische Gewalt in Chiapas bis heute kein Ende gefunden und in den letzten zehn Jahren eine größere Zahl von Opfern gefordert, als der Aufstand selbst. So wurden allein in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Ende des Jahres 1997 mehr als 1.500 Einwohner des Bundesstaates bei Landkonflikten oder politischen Auseinandersetzungen getötet.<sup>2</sup>

Im Folgenden sollen die Hintergründe und der Verlauf des Aufstandes, der die Frage nach grundsätzlichen Alternativen zur kapitalistischen Entwicklung in Mexiko erneut ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit

---

<sup>1</sup> Vgl. Tello (1995: 13-30, 182-200); Womack (1999: 41-42).

<sup>2</sup> Vgl. *Proceso* (1104: 6).

rückte, sowie die wichtigsten Entwicklungen seit der Verkündung des Waffenstillstandes skizziert werden.

## 1. Ursprünge, Struktur und Ideologie des EZLN

Die Ursprünge des EZLN reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als sich die Landkonflikte in verschiedenen Teilen von Chiapas verstärkten. In diesem Zusammenhang entwickelten sich vor allem im Norden und Osten des Bundesstaates, aber auch im Lakandonen-Urwald (*selva lacandona*) unabhängige regionale Bauernorganisationen. Sie wurden durch die Diözese San Cristóbal des befreiungstheologisch orientierten Bischofs Samuel Ruiz und intellektuelle Aktivisten mehrerer linker Strömungen aus Nord- und Zentralmexiko unterstützt, die sich vor allem dem Aufbau von Kreditgenossenschaften und der politischen Bildung in ländlichen Gemeinden widmeten. Eine der in Chiapas tätigen Gruppen gehörte zu den *Fuerzas de Liberación Nacional* (FLN), einer klandestinen revolutionären Vereinigung, die 1969 im Norden Mexikos von Überlebenden früherer Guerillabewegungen gegründet worden war.<sup>3</sup> Die Organisation strebte die Errichtung eines sozialistischen Systems in Mexiko an. Ihr Ziel war die Unterstützung vom Staat unabhängiger Massenorganisationen, "ohne dabei den Anspruch zu erheben, die natürlichen Führer der Massen zu sein".<sup>4</sup> Sie betrachtete den Ausbruch eines Volksaufstandes gegen die bürgerliche Herrschaft in Mexiko als unvermeidlich und beabsichtigte, militärische Strukturen aufzubauen, um bei Ausbruch des Bürgerkrieges an der Seite des Volkes zu kämpfen.<sup>5</sup>

Die FLN-Kader arbeiteten in Chiapas seit dem Beginn der 1980er Jahre zunächst in der Hochlandgemeinde San Andrés Larráinzar. 1983 verlegten sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in den *Las Cañadas* genannten Teil der Landgemeinden Las Margaritas und Ocosingo, im Westen des Lakandonen-Urwaldes, einem marginalen Gebiet, das erst seit den 1950er Jahren von Kleinbauern stärker besiedelt worden war. Die FLN-Kader trafen in Chiapas auf eine kleine Zahl von Indianern, die über lange Erfahrungen in Bauernorganisationen und oppositionellen Bewegungen verfügten und von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt waren. Einige dieser Indianer und eine Handvoll FLN-Aktivisten gründeten dann im November 1983

<sup>3</sup> Siehe hierzu Le Bot (1997: 151); Tello (1995: 69-78, 95-98); Womack (1999: 33-35, 190).

<sup>4</sup> Womack (1999: 193) (Estatuto de las Fuerzas de Liberación Nacional, Mexiko-Stadt 1980).

<sup>5</sup> Vgl. Le Bot (1997: 124, 129).

in einem entlegenen Winkel des Lakandonen-Urwalds das EZLN. Mitte der 1980er Jahre gelang es ihnen, vor allem dank der Sprachkenntnisse der indianischen Mitglieder, Kontakt zu einer Reihe indianischer Gemeinden herzustellen und unter den Kleinbauern bewaffnete Gruppen zur Verteidigung gegen die von örtlichen Viehzüchtern bezahlten Killerbanden (*guardias blancas* – ‘Weiße Garden’) zu organisieren. 1986 begann das EZLN, auch Vollzeitaufständische zu rekrutieren und auszubilden. Vor dem Hintergrund massiver Repression gegen Kleinbauern und ihre Organisationen,<sup>6</sup> der häufigen Erfolglosigkeit legaler Aktionen und einer Verschlechterung der ökonomischen Situation, welche das Rekrutierungsgebiet der Zapatisten besonders hart traf, gelang es dem EZLN, mehr und mehr Anhänger für den bewaffneten Kampf zu gewinnen.<sup>7</sup>

Im Lakandonen-Urwald waren vor allem seit dem Ende der 1960er Jahre Ejidos an Kolonisten (*colonos*) vergeben worden. Die Situation der *colonos* verschlechterte sich jedoch, als die Regierung 1971 über 614.000 Hektar des Urwalds an die weniger als 70 verbliebenen Familien der Lakandonen-Indianer übergab. In diesem Gebiet bereits seit 15 oder 20 Jahren bestehende Siedlungen von etwa 20.000 *colonos* wurden in die Region Montes Azules umgesiedelt. 1987 erklärte die Regierung auch diese Region zum ökologischen Schutzgebiet, so dass das den Umgesiedelten zugewiesene Land nicht mehr für den Schwendbau genutzt werden durfte. Die verbliebenen Böden in den Ejidos reichten infolge der häufig geringen Eignung für den Anbau und des immensen Bevölkerungswachstums schon nach einer Generation nicht mehr aus.<sup>8</sup> Eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung vieler Kleinbauern spielte auch die offizielle Einstellung der Landverteilung im Rahmen der Agrarreform in Zusammenhang mit der Veränderung des Verfassungsartikels 27 und der Agrargesetzgebung 1992.<sup>9</sup> Da ein Landkauf infolge der fehlenden Mittel in der Regel ausschied, war jede Aussicht, auf legale Weise zu Land zu kommen, versperrt.

---

<sup>6</sup> Allein zwischen 1974 und 1990 wurden in Chiapas mehr als 2.000 Kleinbauern und Oppositionelle von *guardias blancas*, Militär und Polizei getötet (vgl. *Proceso* 1104: 6, 1105: 20; siehe auch Collier 1994: 78-79). Gouverneur Patrocinio González ließ Ende 1988 die Strafgesetze in Chiapas so verändern, dass nahezu jeder öffentliche Protest kriminalisiert werden konnte (vgl. Tello 1995: 119, 146-148; Womack 1999: 38).

<sup>7</sup> Siehe hierzu Collier (1994: 84); Le Bot (1997: 133, 139, 143-145, 172, 176-181); Tello (1995: 82-85, 95, 101-105, 110); Womack (1999: 36-40, 191).

<sup>8</sup> Vgl. *Proceso* (777: 17, 20); Tello (1995: 59-61).

<sup>9</sup> Zur Agrarreform und den Veränderungen der Agrargesetzgebung vgl. ausführlich Schüren (1997).

Die Kaffeeproduktion auf kleinen Landstücken und der Verkauf von Holz und Rindern waren die wichtigsten Einkommensquellen der Kleinbauern der *selva* und im Chol-Gebiet im Norden von Chiapas. 1989 gingen die Weltmarktpreise für Kaffee jedoch stark zurück und das staatliche Kaffeeinstitut (*Instituto Mexicano del Café*), das vorher die Bauern bei der Finanzierung und Vermarktung ihrer Produktion unterstützt hatte, stellte seine Tätigkeit ein. Im gleichen Jahr wurde zudem der Holzschlag im Lakandonen-Urwald verboten, und auch der Preis für Rinder fiel.<sup>10</sup>

Nach der Darstellung des wichtigsten Wortführers der Zapatisten, des *subcomandante* Marcos, verwandelte sich das EZLN durch den Kontakt mit den indianischen Gemeinden von einem "revolutionären Avantgarde-Heer zu einer Armee der indigenen Gemeinschaften, einem Heer, das Teil der indianischen Widerstandsbewegung ist".<sup>11</sup> Ausdruck dieses Transformationsprozesses war die Gründung eines Komitees indianischer Gemeindevertreter (*Comité Clandestino Indígena Revolucionario* – CCRI) in Chiapas auf Antrag von Marcos am 23.1.1993, das u.a. über die Erklärung des Krieges entscheiden sollte.<sup>12</sup>

Das EZLN besteht seit der Mitte der 1980er Jahre in seiner überwiegenden Mehrheit aus Angehörigen der verschiedenen in Chiapas beheimateten Maya-Sprachgruppen. Es ist insbesondere in der *selva lacandona*, dem Norden und dem zentralen Hochland des Bundesstaates verankert. Der Frauenanteil ist mit 30-40% der Kämpfer hoch.<sup>13</sup> Neben den permanent in militärisch organisierten Lagern lebenden Vollzeitguerilleros (*insurgentes*) gibt es Milizionäre (*milicianos*), die militärisch geschult sind, aber die meiste Zeit einer normalen Beschäftigung nachgehen, und schließlich die so genannten *bases de apoyo*, d.h. die Bevölkerung der das EZLN unterstützenden Gemeinden. Die zivile Basis der Zapatisten ist, soweit man dies Interviews und Verlautbarungen der Organisation entnehmen kann, wie folgt organisiert: Das wichtigste Entscheidungsorgan der Gemeinde ist die Versammlung ihrer Mitglieder. Jede Gemeinde entsendet einen Delegierten in eines von vier Komitees, die jeweils eine Sprachgruppe (Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal, Chol) repräsentieren sollen. Vertreter aus diesen Komitees bilden das höchste Ent-

<sup>10</sup> Vgl. Harvey (1994: 9-11); Le Bot (1997: 189).

<sup>11</sup> In Le Bot (1997: 148-149).

<sup>12</sup> Vgl. Le Bot (1997: 194-196); Tello (1995: 156-158).

<sup>13</sup> Vgl. Nash (2001: 180); Tello (1995: 177).

scheidungsorgan der Bewegung, das CCRI, dem auch das militärische Oberkommando des EZLN politisch untersteht.<sup>14</sup>

Die Ideologie des EZLN ist eher diffus. So hat man sich offenbar mittlerweile von den marxistisch-leninistischen Wurzeln der FLN weit entfernt. Während in den Verlautbarungen der Bewegung zunächst die Forderungen nach Land, Bildung, Gesundheitsversorgung, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie im Vordergrund standen, spielt heute neben der Kritik am Neoliberalismus der Kampf um Autonomierechte für die indianische Bevölkerung Mexikos die zentrale Rolle. Die bislang klarste Formulierung der Position des EZLN findet sich in den im Januar 1994 verbreiteten "Revolutionären Gesetzen". Sie beinhalten neben einer radikalen Landreform, welche privaten Landbesitz auf 50 Hektar guten und 100 Hektar schlechten Bodens begrenzen will und eine Verpflichtung zur kollektiven Bearbeitung des verteilten Landes vorsieht, u.a. die Verankerung von Frauenrechten (z.B. die Selbstbestimmung über die Wahl des Partners und die Anzahl der Kinder, das Recht auf Bildung und Beteiligung am politischen Leben).<sup>15</sup> Dies erklärt auch die Attraktivität des EZLN insbesondere für junge Frauen, die Alternativen zu einem Leben in den patriarchalischen Strukturen der indianischen Gemeinden suchen.

## 2. Verhandlungen und symbolische Aktionen. Strukturprobleme einer sozialen Bewegung

Auch wenn die Zapatisten am Jahresanfang 1994 die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die soziale Misere der Unterschichten in Chiapas wecken konnten, militärisch war ihr Aufstand eine Katastrophe. Weder gelang es dem EZLN, die Armeebasis in San Cristóbal einzunehmen und sich dort mit Waffen und Munition zu versorgen, noch konnte es dem mexikanischen Bundesheer, das die Zapatisten in den unzugänglichen Lakandonen-Urwald zurückdrängte, nennenswerten Widerstand entgegensetzen. Weit schlimmer für die Zapatisten war jedoch, dass die Bevölkerung in ganz Mexiko zwar durch Demonstrationen klar gegen die Vernichtung der Guerilla Stellung bezog, sich jedoch keineswegs dem militärischen Kampf des EZLN anschloss. Wenn spätere Aussagen von *subcomandante* Marcos zutreffen, hatte die EZLN-Führung gehofft, durch ihre Aktion eine landesweite Erhebung der mexikanischen Bevölkerung zum Sturz der als illegitim betrachteten,

<sup>14</sup> Siehe hierzu Le Bot (1997: 176, 194-196); Obregón (1997: 187-189); Tello (1995: 109).

<sup>15</sup> Vgl. Auszüge des Textes in Womack (1999: 250-256).

von der Staatspartei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) dominierten Regierung unter Präsident Salinas de Gortari auszulösen. So fehlt in der "Kriegserklärung" des EZLN an die mexikanische Regierung vom Dezember 1993 jeder Hinweis auf Chiapas und auf die besondere Situation der indianischen Bevölkerung. Die dort erhobenen Forderungen beziehen sich vielmehr auf die nationale Ebene und sind darüber hinaus höchst allgemein: neben materiellen Verbesserungen Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Damit wollte die Führung des EZLN verhindern, dass der Aufstand als eine lokale und auf die indianische Bevölkerung begrenzte Angelegenheit wahrgenommen würde.<sup>16</sup> Offenbar bestanden innerhalb des EZLN so gut wie keine Vorstellungen darüber, wie es politisch nach dem Aufstand weitergehen sollte. Man rechnete vielmehr damit, im Kampf zu fallen. Das Entstehen einer landesweiten Erhebung war nicht mehr als eine vage Hoffnung, und die Aufständischen wurden von den Ereignissen vollständig überrascht.<sup>17</sup>

Angesichts weltweiter Proteste gegen eine militärische Niederschlagung des Aufstandes, einer möglichen Verunsicherung ausländischer Investoren, der Schwächung der mexikanischen Währung sowie des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes suchte Salinas, die Kampfhandlungen möglichst schnell zu beenden. Er verkündete nicht nur einen einseitigen Waffenstillstand, sondern entließ auch Innenminister Patrocinio González Garrido, bis 1993 Gouverneur von Chiapas, und ernannte den ehemaligen Außenminister Manuel Camacho Solís zum Regierungsbeauftragten für Verhandlungen mit dem EZLN. Tatsächlich kam es vom 21.2. bis zum 1.3.1994 in San Cristóbal zu mehreren Treffen zwischen Vertretern der Regierung und des EZLN unter der Vermittlung von Bischof Samuel Ruiz. Das EZLN stellte den Anspruch auf Demokratie und saubere, demokratische Wahlen in den Mittelpunkt und forderte nun darüber hinaus neben Verbesserungen der materiellen Situation kulturelle Rechte (u.a. die Förderung der Indianersprachen) und Autonomie. Nach schwierigen Verhandlungen kam es zu einer "vorläufigen Einigung" in 34 Punkten, welche die EZLN-Delegation ihrer Basis zur Abstimmung über Annahme oder Ablehnung vorlegen wollte.<sup>18</sup>

Die Ermordung des von Salinas geförderten Präsidentschaftskandidaten des PRI, Luis Donaldo Colosio, am 23.3.1994 änderte die Situation grundlegend, denn sie ließ grundsätzliche Zweifel an der Stabilität der Herrschaft der Staatspartei aufkommen. Die EZLN-Führung erwartete einen massiven

<sup>16</sup> Vgl. Le Bot (1997: 196, 202-206).

<sup>17</sup> Vgl. Le Bot (1997: 212, 214, 224-225, 236, 241).

<sup>18</sup> Vgl. Womack (1997: 44-45).

Wahlbetrug seitens des PRI bei den für August vorgesehenen Präsidentschaftswahlen und als Reaktion darauf Massenproteste, was die Verhandlungsposition der Zapatisten gestärkt hätte.<sup>19</sup> So lehnte die EZLN-Führung nach langwierigen Konsultationen der Basis in den indianischen Gemeinden den Friedensplan der Regierung am 10. Juni als unzureichend ab. Nur wenige Tage später trat der offizielle Vermittler Manuel Camacho Solís zurück. Sein Nachfolger, Jorge Madrazo, Präsident der staatlichen Menschenrechtskommission, wurde von den Zapatisten nicht akzeptiert.

Parallel zur Ablehnung des Regierungsvorschlags rief das EZLN nicht etwa zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes auf, sondern forderte "alle ehrlichen und unabhängigen Kräfte" dazu auf, sich zu einem "Nationalen Demokratischen Konvent" (CND) im Lakandonen-Urwald einzufinden. Aus dem CND sollte eine breite Volksbewegung hervorgehen, welche die traditionelle Spaltung der Opposition überwinden und den PRI zur Abhaltung sauberer Wahlen zwingen könnte. Der CND beriet auf seinem ersten Treffen vom 6.-9.8.1994 u.a. über die Forderungen des EZLN nach Bildung einer Übergangsregierung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung auf Basis des Grundgesetzes von 1917 und die Möglichkeiten eines friedlichen Übergangs zur Demokratie. Die Guerilla lehnte es ausdrücklich ab, bei der angestrebten politischen Mobilisierung der Gesellschaft eine Vorhutrolle einzunehmen. Sie betrachtete sich vielmehr als Organisator und Partner eines Dialoges mit der "Zivilgesellschaft". Diese war auf dem Treffen des CND durch 6.000 Vertreter einer Vielzahl politischer und sozialer Organisationen, Journalisten, Künstler und zahlreiche Beobachter repräsentiert.<sup>20</sup>

Die Präsidentschaftswahl war zwar nicht frei von Unregelmäßigkeiten, diese veränderten jedoch nach allgemeiner Einschätzung das Ergebnis nicht substantiell. Zum ersten Mal verfehlte ein Präsidentschaftskandidat des PRI die absolute Mehrheit der Stimmen. Dennoch siegte Ernesto Zedillo mit großem Vorsprung vor seinen Mitbewerbern.<sup>21</sup> Durch den Wahlsieg des PRI, das schwache Abschneiden des linken PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) und das Ausbleiben von Massenprotesten geriet das EZLN politisch zunehmend in die Defensive. Zum zweiten CND in Tuxtla, Chiapas vom 4.-6.11.1994 kam lediglich die Hälfte der Teilnehmer des ersten Treffens. Der Versuch, im Februar 1995 eine gemeinsame Nationale Oppositionsfront (*Movimiento de Liberación Nacional* – MLN) unter Führung des

<sup>19</sup> Vgl. Le Bot (1997: 249-254).

<sup>20</sup> Vgl. *Proceso* (928: 33-34).

<sup>21</sup> Vgl. Gabbert (1995: 207-211).



gescheiterten PRD-Präsidentschaftskandidaten, Cuauhtémoc Cárdenas, ins Leben zu rufen, scheiterte nach heftigen Konflikten unter den Teilnehmern.<sup>22</sup>

Bereits vor seinem Amtsantritt hatte Präsident Zedillo eine Reihe von Geheimbotschaften an das EZLN gesandt, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erreichen und betont, dass er in Chiapas ausschließlich eine friedliche Lösung anstrebe. Dieser Willensbekundung waren aber keinerlei substantielle Zugeständnisse gefolgt. Nachdem das erste Treffen von Regierungsvertretern mit dem EZLN am 15.1.1995 nach Monaten verschleppter Verhandlungen und andauernden Nervenkriegs um das Wiederaufflammen der Kämpfe Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes geweckt hatte, gab Zedillo am 9.2.1995 dem Druck von Militär, Unternehmerverbänden, USA und konservativen Teilen des PRI nach und erklärte den Dialog mit den Zapatisten für gescheitert. Die Generalstaatsanwaltschaft erließ daraufhin Haftbefehle gegen vermeintliche Führungskader des EZLN, und am 10.2.1995 drangen mehrere tausend mexikanische Soldaten in das von den Rebellen kontrollierte Gebiet vor, um diese zu vollstrecken. Da die Aufständischen den Truppenbewegungen auswichen, kam es jedoch nicht zu größeren Gefechten. Das EZLN vermied eine direkte Konfrontation mit dem Heer, um seine Dialogbereitschaft zu demonstrieren, und der Präsident sah sich mit einer Welle nationaler und internationaler Proteste gegen seine aggressive Politik konfrontiert. In Mexiko-Stadt kam es innerhalb von nur einer Woche zu drei Demonstrationen mit jeweils mehr als 100.000 Teilnehmern. Bereits am 14.2.1995 wies Zedillo Polizei und Militär an, weitere offensive Aktionen einzustellen, und rief medienwirksam zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen auf. Zugleich trat der erst im August in einem umstrittenen Urnengang gewählte PRI-Gouverneur von Chiapas, Eduardo Robledo Rincón, zurück.<sup>23</sup> Am 9.3.1995 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über den "Dialog, die Versöhnung und einen würdigen Frieden in Chiapas". Zwei Tage später wurde eine Parlamentskommission (*Comisión de Concordia y Pacificación* – COCOPA) ins Leben gerufen, die den Verhandlungsprozess unterstützen sollte, und am 20.4.1995 begannen dann erneut Verhandlungen zwischen Regierung und EZLN im chiapanekischen Ort San Andrés Larráinzar. Während das EZLN erneut nationale Fragen und die Demokratisierung des Landes in den Mittelpunkt stellte, suchte die Regierung, die Diskussion auf regionale Aspekte zu begrenzen.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Gabbert (1995: 217-218); Womack (1999: 48).

<sup>23</sup> Vgl. Gabbert (1995: 219-220); *Proceso* (954: 8).

<sup>24</sup> Vgl. Nash (2001: 143-148); Womack (1999: 49).



Im August ließ die EZLN-Führung durch die renommierte Wahlbeobachtungsorganisation *Alianza Cívica* eine landesweite Befragung der Bevölkerung über ihre grundlegenden Forderungen nach Demokratisierung und ihre Kampfformen (*Consulta Nacional por la Paz y la Democracia*) durchführen. Mehr als eine Million Menschen stimmten ab: 97,7% sprachen sich für die Forderungen des EZLN aus, 92,9% für die Bildung einer breiten Oppositionsfront gegen die Regierung und 57% dafür, dass das EZLN den bewaffneten Kampf aufgeben und sich in eine unabhängige neue politische Kraft umwandeln sollte. So rief das Oberkommando des EZLN im Januar 1996 zur Bildung einer "Zapatistischen Front der Nationalen Befreiung" (FZLN) auf, die als unabhängige, zivile Organisation für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit in Mexiko kämpfen sollte.<sup>25</sup>

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen Regierung und EZLN konnte lediglich hinsichtlich der "indigenen Rechte und Kultur" eine Einigung erzielt werden. Am 16.2.1996 wurde darüber das "Abkommen von San Andrés" geschlossen, das u.a. eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der indigenen Völker (Autonomie), die Anerkennung indigener Formen der Konfliktregelung und Selbstverwaltung sowie die Möglichkeit einer kollektiven Verfügung über die Naturressourcen ihrer Territorien beinhaltete. Die Verhandlungen um weitere Themenbereiche (u.a. die Demokratisierung Mexikos) gerieten jedoch ins Stocken.<sup>26</sup>

Mit der Veranstaltung eines "Internationalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" vom 27.7. bis 3.8. 1996 in La Realidad im Lakandonen-Urwald suchte das EZLN politisch erneut in die Offensive zu kommen. Mit 3.500 nationalen und internationalen Teilnehmern aus 54 Ländern war das Treffen ein propagandistischer Erfolg. Marcos erneuter Aufruf an die "Zivilgesellschaft", einen FZLN zu bilden, stieß jedoch auf keine große Resonanz.<sup>27</sup>

Nachdem es Ende August 1996 in Zentral- und Südmexiko zu koordinierten Angriffen einer neuen Guerillabewegung, dem *Ejército Popular Revolucionario* (EPR), mit mindestens 12 Todesopfern gekommen war, erneuerte sich bei Zedillo zunächst das Interesse an einer Lösung der Chiapas-Frage.<sup>28</sup> Die EZLN-Führung lehnte jede Verbindung zu den neuen Guerille-ros ab, da sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen zur Überzeugung gelangt

<sup>25</sup> Vgl. Rodríguez Araujo (1996: 83-84); Womack (1999: 49-50).

<sup>26</sup> Vgl. Womack (1999: 50).

<sup>27</sup> Vgl. Womack (1999: 51).

<sup>28</sup> Vgl. *LAMNR* (26.9.1996: 4-5).

war, dass es für einen militärischen Kampf unter der mexikanischen Bevölkerung keine Sympathien gab. Es kam nun zu Geheimverhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und des EZLN, bei denen an der Umsetzung des Abkommens von San Andrés in einen Gesetzesentwurf gearbeitet wurde. Angesichts des anhaltenden Widerstands konservativer Kreise und der absehbaren Ablehnung des Gesetzes durch den Kongress weigerte sich Zedillo dann jedoch, der Endfassung des Textes zuzustimmen und verlangte verschiedene Änderungen, insbesondere an den Ausführungen zu Autonomierechten, was am 16.1.1997 erneut zum Abbruch jeglicher Verhandlungen zwischen EZLN und Regierung führte.<sup>29</sup>

Das EZLN suchte nun durch vereinzelte spektakuläre Aktionen, eines ihrer strukturellen Grundprobleme zu lösen: Da das militärische Potential des EZLN gering ist, hängt das Überleben der Organisation entscheidend von der dauernden Mobilisierung der nationalen und vor allem auch der internationalen Öffentlichkeit ab.<sup>30</sup> Den Aufständischen war es innerhalb kurzer Zeit gelungen, vor allem über das Internet ein weltweites Unterstützernetz zu mobilisieren, über das ihre Anliegen verbreitet und Demonstrationen oder andere Aktionen organisiert werden konnten. Diese Struktur macht die Stärke des EZLN aus, ist jedoch auch zugleich seine Schwäche, denn immer wieder mussten neue Initiativen gestartet werden, um das nachlassende Medieninteresse wach zu halten. So waren die "Nationalen Demokratischen Versammlungen" im August und November 1994, die landesweite Volksbefragung im August 1995 und das "Internationale Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus" im Sommer 1996 keineswegs nur Ausdruck der Suche nach politischer Orientierung, sondern sollten darüber hinaus das Interesse der Öffentlichkeit am EZLN und an der Chiapas-Problematik wiederbeleben. Diesem Zweck diente auch der "Marsch nach Mexiko-Stadt", bei dem unbewaffnete, aber weiterhin maskierte Zapatisten in einer motorisierten Karawane in die Hauptstadt zogen, wo am 15.9.1996 auf einer Großveranstaltung der EZLN erstmals formell in Erscheinung trat.<sup>31</sup> Dasselbe Ziel verfolgten der Aufruf zu einer "Nationalen Befragung gegen den Ausrottungskrieg" für den 21.3.1999, der eine Reaktion auf verstärkte militärische Aktivitäten des Bundesheeres im Einflussgebiet der Za-

<sup>29</sup> Vgl. Nash (2001: 203); Womack (1999: 52, 57).

<sup>30</sup> Mexikanische Militärquellen beziffern die Zahl der Kämpfer auf weniger als 500 (vgl. *LAMNR*, 13.2.2001: 4).

<sup>31</sup> Vgl. Womack (1999: 53).

patisten im Juli 1998 darstellte, und die umfangreiche publizistische und literarische Aktivität von *subcomandante* Marcos.

Das abnehmende Interesse der nationalen Öffentlichkeit am EZLN zeigte sich u.a. am 12.1.2001, dem siebten Jahrestag des Waffenstillstands. Marcos hatte dazu aufgerufen, an diesem Tag die Unterstützung der Forderungen des EZLN durch Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen. Während in San Cristóbal de Las Casas immerhin noch 10.000 Menschen auf die Straße gingen, demonstrierten in Mexiko-Stadt nur etwa 1.000 Personen.<sup>32</sup>

Die Wahlniederlage des PRI am 2.7.2000 stellte die Zapatisten vor eine völlig neue Situation. Während der ersten Jahre nach dem Aufstand hatten Demokratie und ein Ende der als illegitim betrachteten Herrschaft der Staatspartei innerhalb des Forderungskatalogs des EZLN immer einen hohen Stellenwert eingenommen. Mit Vicente Fox übernahm am 1.12.2000 nun ein Präsident das Amt, der aus einer freien Wahl hervorgegangen war, und so war es unmöglich, ihm die Legitimität von vornherein abzuspochen. Auch im Bundesstaat Chiapas verlor der PRI zum ersten Mal in der Geschichte die Regierungsgewalt, als am 20.8.2000 der von der *Alianza por Chiapas*, einem Bündnis von PRD, PAN (*Partido Acción Nacional*), PT (*Partido del Trabajo*) und PVEM (*Partido Verde Ecologista de México*), unterstützte Oppositionskandidat Pablo Salazar Mendiguchía die Gouverneurswahlen gewann. Da der PRI jedoch die Kontrolle über den Kongress, die Mehrheit der Bürgermeisterämter, das Oberste Gericht und die wichtigsten Massenmedien des Bundesstaates behielt, blieben die Handlungsmöglichkeiten des neuen Gouverneurs eng begrenzt.<sup>33</sup>

Wie schwierig die Neupositionierung des EZLN war, zeigt schon die Tatsache, dass Marcos monatelang auf seine üblichen Verlautbarungen verzichtete. Erst am 2.12.2000 suchte er wieder die Öffentlichkeit, um für das Frühjahr des folgenden Jahres einen "Marsch der indianischen Würde" nach Mexiko-Stadt anzukündigen. Hatte bislang die Demokratisierung des politischen Systems Mexikos im Zentrum der zapatistischen Forderungen gestanden, setzte das EZLN nun verstärkt auf die ethnische Karte. So nahm die EZLN-Delegation auf ihrem zweiwöchigen Weg in die Hauptstadt am Dritten Nationalen *indígena*-Kongress in Nurio, Michoacán (2.-4. März) teil. Marcos begrüßte die 100-200.000 Zuhörer auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt im Namen des *indígena*-Kongresses und der Zapatisten. Die einzige

---

<sup>32</sup> Vgl. *LAMNR* (13.2.2001: 5).

<sup>33</sup> Vgl. Sonnleitner (2001: 30-31).

Forderung, die er in seiner Ansprache formulierte, war die Anerkennung der indigenen Rechte und Kultur in der Verfassung.<sup>34</sup>

Obwohl sich Präsident Fox vor seiner Wahl gebrüstet hatte, er könne das Chiapas-Problem in 15 Minuten lösen, war er bislang nicht in der Lage, substantielle Fortschritte zu erzielen. Zwar legte er die Gesetzesinitiative der COCOPA zur Umsetzung des Abkommens von San Andrés erstmals dem Kongress vor, allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass in einigen Punkten noch Klärungsbedarf bestehe. Auch sprach sich Fox dafür aus, dass Vertreter des EZLN ihre Position am 28.3.2001 vor dem Kongress der Föderation darlegen konnten.<sup>35</sup> Die Verfassungsänderungen hinsichtlich der Rechte der indigenen Bevölkerung, welche das Parlament schließlich am 28. April verabschiedete, wurden vom EZLN und der mexikanischen Indianerbewegung jedoch als Affront betrachtet, da sie "das Abkommen von San Andrés verraten". Demzufolge beendete die Führung der Aufständischen den Dialog mit der Regierung Fox "solange, bis die indigenen Rechte und Kultur in der Verfassung entsprechend der sogenannten Gesetzesinitiative der COCOPA anerkannt" seien.<sup>36</sup> Auf Kritik stieß u.a. die Tatsache, dass das Reformwerk das Recht der "indigenen Völker" auf Selbstbestimmung zwar grundsätzlich anerkennt, seine Ausgestaltung jedoch weitgehend an die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten delegiert (Art. 2).<sup>37</sup> Zudem wurden die indigenen Völker nicht als "Subjekte des öffentlichen Rechts", sondern lediglich als "Objekte des öffentlichen Interesses" bestimmt, was ihre Rolle weiterhin auf die Entgegennahme der staatlichen Entwicklungspolitik begrenzt. Weder wurde das Recht auf die kollektive Nutzung der Naturressourcen anerkannt noch die Existenz "indianischer Territorien".<sup>38</sup> Eine Beschwerde gegen die Form des Zustandekommens des neuen Gesetzeswerkes wurde im September 2002 vom Verfassungsgericht abgewiesen.<sup>39</sup>

---

<sup>34</sup> Vgl. Gabbert (2001a).

<sup>35</sup> Vgl. ebd.

<sup>36</sup> *La Jornada* (1.5.2001).

<sup>37</sup> Der Text findet sich in *Proceso* (1278).

<sup>38</sup> Vgl. *La Jornada* (1.5.2001).

<sup>39</sup> Vgl. *LAMNR* (17.9.2002: 4).

### 3. Folgen des Aufstandes

#### 3.1 Der Kampf um die Gemeindeverwaltungen

Im Gefolge des Aufstandes des EZLN wurde die Vorherrschaft des PRI in vielen indianischen Gemeinden in Frage gestellt. Vertreter von mehr als 280 Indianer- und Bauernorganisationen bildeten in Chiapas noch im Januar 1994 einen Dachverband, den *Consejo Estatal de Organizaciones Indígenas y Campesinas* – CEOIC, der zwar den bewaffneten Kampf ablehnte, jedoch viele Forderungen des EZLN unterstützte.<sup>40</sup> Zudem wurden in den folgenden Monaten in einer Reihe von Landkreisen die PRI-Autoritäten, denen man u.a. die Veruntreuung von Geldern vorwarf, vertrieben.

Nach den Gouverneurs- und Gemeinderatswahlen vom 21.8.1994 weigerten sich in einer Reihe von Gemeinden Anhänger der Opposition, das Ergebnis anzuerkennen, da sie dem PRI Wahlbetrug vorwarfen. In einigen Orten wurden Plebiszite durchgeführt und neue Gemeinderäte aus Vertretern von PRD, PAN oder PRI eingesetzt, welche später von der Staatsregierung bestätigt wurden. 32 andere Gemeinden, zumeist im Norden von Chiapas und im Einflussgebiet des EZLN im Lakandonen-Urwald, erkannten hingegen die Parallelregierung an, die der Kandidat der Opposition gegen den PRI, Amado Avendaño, nach der Gouverneurswahl ausgerufen hatte. Diese "autonomen Gemeinden" (*municipios autónomos*) schlossen sich Ende 1994 zu "autonomen Regionen" zusammen. Im Dezember 1995 bildeten Anhänger von PRD und EZLN im Norden des Bundesstaates weitere neun "autonome Gemeinderäte".

Die "autonomen Gemeinden" entsprechen nicht immer den bestehenden administrativen Grenzen, und ihre Verwaltungsorgane, die sich vornehmlich aus Anhängern des EZLN rekrutieren, agieren parallel zu den offiziellen Gemeindeautoritäten. Die "autonomen Gemeinden" verweigern bis heute die Zahlung von Steuern und Stromgebühren, sie schlichten ihre Streitigkeiten selbst, regeln den Landzugang, stellen eigene Geburtsurkunden aus und versuchen, gestützt auf die materielle Hilfe von NGOs, ein eigenes Gesundheits- und Bildungswesen aufzubauen.<sup>41</sup> Da in vielen Gebieten offizielle und "autonome" Gemeindeverwaltungen nebeneinander bestehen, kommt es häufiger zu Konflikten.

---

<sup>40</sup> Zum CEOIC gehörten jedoch auch PRI-nahe und moderate Organisationen wie der staatliche Bauernverband CNC, SOCAMA (*Solidaridad Campesina Magistral*) und ARIC *Unión de Uniones*, denen es in erster Linie um Land ging.

<sup>41</sup> Siehe hierzu *La Jornada* (30.5.1995); Womack (1999: 49, 290); Nash (2001: 125-131, 176-177).

### 3.2 Der Kampf um Land

Der Anspruch auf Land in einer Gemeinde ist im Rahmen der Agrarreform auf einen zahlenmäßig begrenzten Kreis von Begünstigten beschränkt (*ejidatarios* oder *comuneros*). Er kann legal auch nur an jeweils einen Nachfolger weitergegeben werden. Durch das immense Bevölkerungswachstum im Hochland und in der *selva* ist so eine bedeutende Gruppe insbesondere junger Männer entstanden, die vom Zugang zu Gemeindeland ausgeschlossen sind.<sup>42</sup> So verwundert es nicht, dass es sich bei einem großen Teil der Kämpfer des EZLN um Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren handelt, denen die Organisation eine Möglichkeit zur Kanalisierung ihres Protestes und eine Lebensperspektive bietet.<sup>43</sup>

Für landlose und landarme Kleinbauern bedeutete der Aufstand der Zapatisten zunächst eine Chance, trotz der 1992 angekündigten Einstellung der Landverteilung doch noch zu einem Stück Land zu kommen. So hatten Kleinbauern bis Ende 1994 annähernd 350 Agrarbetriebe mit 145.000 Hektar Boden besetzt.<sup>44</sup> Dabei handelte es sich häufig nicht um Großgrundbesitz, sondern um kleinere Privatbetriebe oder ejidalen bzw. kommunalen Boden in Händen von Anhängern konkurrierender Parteien, Bauernorganisationen oder Glaubensgemeinschaften.<sup>45</sup>

Die Regierung war bestrebt, eine Ausweitung des Aufstandes zu verhindern und suchte deshalb Landkonflikte rasch zu lösen. So erwarb sie zunächst umstrittene Ländereien, um sie an Kleinbauern zu verteilen. Dabei begünstigte sie jedoch überproportional Mitglieder PRI-naher oder modera-

<sup>42</sup> Die Bevölkerung stieg im Lakandonen-Urwald zwischen 1970 und 1990 von 75.234 auf 224.624 Personen und in den Dörfern des Hochlandes (ohne San Cristóbal) von 285.641 auf 563.979 Einwohner (vgl. Viqueira 1995: 223-224).

<sup>43</sup> Vgl. Arizpe (1994: 25-26); Collier (1994: 84).

<sup>44</sup> Vgl. *Proceso* (1994: 30).

<sup>45</sup> Vgl. Reyes Ramos (2000: 2, 4-5, 17-18). Die Zunahme von Landkonflikten auch *innerhalb* der indianischen Bevölkerung hängt u.a. damit zusammen, dass der Anteil der Nicht-Indianer (*ladinos*) in verschiedenen Landkreisen des Hochlandes in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich zurückgegangen ist. Diese Tendenz wurde durch die Besetzungen von Ländereien im Besitz von *ladinos* nach dem Aufstand 1994 noch verstärkt. Bereits 1990 betrug der Anteil der Sprecher indianischer Sprachen in vielen Gemeinden des Hochlandes mehr als 98% (vgl. Viqueira 1995: 223-226). Als Folge der Agrarreform befindet sich in einer Reihe von Landkreisen der größte Teil des Bodens in Händen von Indianern. Dies gilt beispielsweise im Kreis Chenalhó für mehr als 95% des Bodens (vgl. CDHFBC 1998, Kapitel 1.4). Folglich stehen dort nicht mehr Konflikte zwischen *ladinos* Grundbesitzern und *indígenas* im Mittelpunkt, sondern es kommt immer häufiger zu Landstreitigkeiten zwischen Indianern derselben Gemeinde oder Einwohnern benachbarter Siedlungen.

ter Organisationen, was auf den Protest radikalerer Teile der Bauernbewegung stieß. Ab September 1994 initiierte die Regierung ein Treuhänderprogramm, bei dem Kleinbauern Privatland auf Kredit erwerben konnten.<sup>46</sup> Die Frage, ob man sich an diesen Regierungsprogrammen beteiligen oder sie, wie die EZLN-Führung meinte, boykottieren sollte, führte zu ernststen Konflikten in der Bauernbewegung und zur Spaltung verschiedener Organisationen. Diejenigen Bauernverbände, die sich zu Verhandlungen mit der Regierung bereit fanden, forderten insgesamt 588.713 Hektar Land, autorisiert wurde im März 1996 dann der Kauf von 235.000 Hektar für 58.000 Familien. Im Gegenzug verpflichteten sich die Organisationen, keine Ländereien mehr zu besetzen und besetzte Grundstücke, die nicht in das Programm aufgenommen werden können, zu räumen.<sup>47</sup>

Da die staatlichen Institutionen in dem vom EZLN kontrollierten Gebiet bis heute nicht präsent sind, konnten die Rechtsverhältnisse hier nicht geklärt werden und es herrscht eine erhebliche Unsicherheit über den Landbesitz. So haben Mitglieder verschiedener, früher mit den Zapatisten sympathisierender Bauernorganisationen wie die *Central Independiente de Obreros Agrícolas y Campesinos* (CIOAC), mit der Regierung Abkommen über Landfragen abgeschlossen. Anhänger des EZLN bestreiten jedoch die sich daraus ergebenden Rechte, da sie für sich in Anspruch nehmen, im Rahmen der "autonomen Gemeinden" selbst über die Landverteilung entscheiden zu können. So sind Landkonflikte nicht selten.<sup>48</sup>

### 3.3 Aufstandsbekämpfung und gewaltsame Konflikte in den indianischen Gemeinden

In Chiapas – wie in vielen anderen ländlichen Gebieten Mexikos – ist Gewalt der von Grundbesitzern finanzierten 'Weißen Garden' gegen missliebige Bauern, Landbesetzer und Aktivisten der Agrarreform seit Jahrzehnten alltäglich. Aber auch gewaltsame Konflikte zwischen verschiedenen Dörfern und selbst innerhalb der indianischen Landgemeinden, meist um Land- oder Wasserrechte oder die politische Vorherrschaft, haben eine lange Tradition. So sind seit dem Ende der 1960er Jahre mehr als 35.000 Personen infolge

<sup>46</sup> Vgl. Nash (2001: 177); Reyes Ramos (2000: 11, 15).

<sup>47</sup> Vgl. *La Jornada* (20.5.1995); Reyes Ramos (2000: 12-13).

<sup>48</sup> Siehe hierzu García de León (1998); *Proceso* (1098: 26; 1109: 19, 23); Reyes Ramos (2000: 19).



sozialer, politischer und religiöser Konflikte gewaltsam aus ihren Herkunftsgemeinden vertrieben worden.<sup>49</sup>

Die Auseinandersetzungen in den indianischen Gemeinden haben sich jedoch im Zusammenhang mit dem Aufstand der Zapatisten und seiner Bekämpfung weiter verschärft. Dabei spielt die Regierung häufig eine zentrale Rolle. Staatliche Hilfen (z.B. Decken, Medizin, Nahrungsmittel) und andere Ressourcen gehen ganz überwiegend an regierungsnahe oder moderate Organisationen und Gemeindeverwaltungen. Im Einflussgebiet des EZLN werden demgegenüber Gemeinden, die Regierungshilfen akzeptieren, von den Unterstützungsprogrammen nationaler und internationaler NGOs ausgeschlossen. Dies hat Wanderungsbewegungen in die begünstigten, nicht vom EZLN kontrollierten Zonen ausgelöst. Oppositionelle Organisationen haben einen Teil ihrer Anhänger eingebüßt.<sup>50</sup>

Darüber hinaus haben die Versuche der mexikanischen Regierung, die Guerilla zu isolieren und wenn möglich aufzulösen, zu einer umfassenden Militarisierung weiter Teile von Chiapas geführt. Neben mehreren zehntausend Regierungssoldaten gibt es mindestens einige hundert meist PRI-nahe Paramilitärs.<sup>51</sup> Die allgemeine Verfügbarkeit auch automatischer Waffen hat entscheidend zur Eskalation der Gewalt in Zusammenhang mit den unterschiedlichsten Konflikten beigetragen.

Paramilitärische Gruppen vornehmlich von PRI-Anhängern traten verstärkt seit der gescheiterten Armeeooffensive gegen das EZLN vom Februar 1995 in Erscheinung und kontrollieren heute ganze Landstriche. Sie agierten zunächst in Regionen mit starker Präsenz unabhängiger Bauernorganisationen im Norden von Chiapas, wo das EZLN beträchtliche Sympathien genoss.<sup>52</sup> Dort führten ihre Aktionen zur Vertreibung zahlreicher Indianer, allein im Norden waren davon mindestens 4.500 Oppositionelle (Anhänger des PRD und Sympathisanten des EZLN) betroffen.<sup>53</sup> Ende 1997 bestanden bereits mindestens neun paramilitärische Verbände, die nun auch im zentralen Hochland (*Los Altos*) in Erscheinung traten.<sup>54</sup>

<sup>49</sup> Vgl. *La Jornada* (23.11.1995); *Proceso* (1118: 9). Zu den Hintergründen der Konflikte in den Gemeinden siehe Gabbert (1999).

<sup>50</sup> Siehe hierzu CDHFBC (o.J.: Kap. 8.3.2); Harvey (1994: 42-43); *Proceso* (1109: 18-24); Russo (2000); *Tiempo* (27.10.1997).

<sup>51</sup> Vgl. Lomeli González (1997).

<sup>52</sup> Vgl. CIACH (1997a; 1997b).

<sup>53</sup> Eigene Berechnungen nach Pérez Grovas (1998).

<sup>54</sup> Vgl. Aubry/Inda (1997b); Ramírez Cuevas (1997).

Bei den Auseinandersetzungen der letzten Jahre wurden auch Anhänger des PRI getötet. Allerdings handelte es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Opfer von Gewalttaten und Vertreibungen um Regierungsgegner.<sup>55</sup> So wurden bei dem bislang opferreichsten Massaker von Paramilitärs am 22.12.1997 im Ort Acteal 45 Mitglieder einer Vereinigung namens *Las Abejas* (die Bienen), welche die politischen und sozialen Forderungen des EZLN unterstützt, sich allerdings für friedliche Formen des Protestes entschieden hatte, ermordet.<sup>56</sup>

Zahlreiche Indizien deuten auf die Verwicklung von Teilen des PRI, der Sicherheitskräfte und der Behörden des Staates Chiapas in die paramilitärischen Aktivitäten hin. So wurde im Januar 1998 ein Strategiepapier des Verteidigungsministeriums zur Aufstandsbekämpfung vom Oktober 1994 bekannt, welches u.a. vorsah, aus besonders "patriotischen Personen" innerhalb der Bevölkerung "Selbstverteidigungskräfte" geheim zu organisieren, welche die Operationen der Armee unterstützen sollten.<sup>57</sup> Selbst in einem Bericht der Generalstaatsanwaltschaft wird festgestellt, dass Angehörige der Polizei (*Policía de Seguridad Pública*) einer paramilitärischen Gruppe im Kreis Chenalhó Schutz gewährt, sie mit Waffen versorgt und in ihrem Gebrauch unterwiesen haben.<sup>58</sup>

Die Finanzierung der paramilitärischen Verbände erfolgte u.a. durch Gelder staatlicher Entwicklungsprogramme, die zum Kauf von Waffen verwendet wurden.<sup>59</sup> So unterzeichnete der damalige Gouverneur von Chiapas (Ruiz Ferro) 1997 ein Abkommen mit der paramilitärischen Gruppe *Paz y Justicia*, das diese Organisation mit 4,6 Millionen Pesos (etwa 570.000 US-\$) für die Durchführung landwirtschaftlicher Projekte bedachte.<sup>60</sup> Im Norden erhielten Paramilitärs auch Zahlungen von Grundbesitzern, die sie gegen Landbesetzer und unabhängige Bauernorganisationen einsetzten.<sup>61</sup> Darüber hinaus wurden von den Einwohnern der kontrollierten Gemeinden "Kriegssteuern" oder Schutzgelder erhoben. Weitere Einnahmequellen wa-

---

<sup>55</sup> Vgl. CDHFBC (1998: Kap. 6.1, Anh. 3).

<sup>56</sup> Zu den Hintergründen des Massakers vgl. Gabbert (2001b; 2003).

<sup>57</sup> Vgl. CDHFBC (o.J.: Kap. 8.3.2); *Proceso* (1105: 6, 10f.).

<sup>58</sup> Vgl. Ramírez Cuevas (1998b).

<sup>59</sup> Vgl. CIACH (1997a); *Excelsior* (8.9.1997).

<sup>60</sup> Vgl. Avilés (1997).

<sup>61</sup> Vgl. Petrich (1997).

ren der Raub von Tieren oder Agrarprodukten (Mais, Kaffee), die Oppositionellen gehörten.<sup>62</sup>

Die Paramilitärs erhielten ihre Ausbildung von ehemaligen Militärs bzw. Angehörigen der Sicherheitskräfte. Sie werden bis heute von Führern lokaler Machtgruppen, ehemaligen oder amtierenden Gemeindebürgermeistern, führenden Mitgliedern von Organisationen des PRI und Abgeordneten dieser Partei befehligt.<sup>63</sup>

Bei den Mitgliedern paramilitärischer Gruppen handelt es sich zu einem erheblichen Teil um junge Männer ohne Land. Für sie eröffnete der Beitritt zu einer paramilitärischen Gruppe neue Wege, Einkommen (über Kriegssteuern und Beute) zu gewinnen.<sup>64</sup> So wurde das Land der Vertriebenen häufig von Paramilitärs in Besitz genommen und z.T. auch innerhalb der lokalen Bevölkerung verkauft.<sup>65</sup>

#### 4. Ausblick

Auch neun Jahre nach Ausbruch des Aufstandes hat sich an den miserablen Lebensbedingungen der indianischen und nicht-indianischen Unterschichten in Chiapas nichts Wesentliches geändert. Trotz der von der Regierung durchgeführten Landerwerbungsprogramme verfügen immer noch zahlreiche Kleinbauern nicht über Land, und es gibt kaum alternative Einkommensmöglichkeiten in Chiapas. Die Verhandlungen zwischen EZLN und Regierung stecken in einer Sackgasse, und die Region ist bis heute stark militariisiert. Die Zahl der Regierungssoldaten erhöhte sich von etwa 37.000 nach dem Waffenstillstand 1994 auf 60.000 nach der Armee-Offensive vom Februar 1995 und stieg nach dem Massaker von Acteal nochmals um 10.000 Soldaten.<sup>66</sup> Auch paramilitärische Gruppen sind weiterhin aktiv und gewaltsame Landkonflikte gehören keineswegs der Vergangenheit an. In Zusammenhang mit dem Aufstand, der Offensive des Militärs im Februar 1995, der Aktivität paramilitärischer Gruppen und Aktionen der Regierung zur Auflösung "autonomer" Gemeinden seit dem Frühjahr 1998 haben mehr als 20.000 Chiapaneken ihre Wohnorte verlassen müssen und als Vertriebene

<sup>62</sup> Siehe hierzu Aubry/Inda (1997a); *La Jornada* (23.12.1997; 30.1.1998); Petrich (1997); Ramírez Cuevas (1997; 1998a).

<sup>63</sup> Siehe hierzu CIACH (1997a; 1997b); *Excelsior* (8.9.1997); Petrich (1997); Ramírez Cuevas (1997; 1998a).

<sup>64</sup> Vgl. CIACH (1997a); Ramírez Cuevas (1997).

<sup>65</sup> Vgl. CDHFBC (1998: Anh. 3).

<sup>66</sup> Vgl. Nash (2001: 188, 203); *Proceso* (1111: 26).

andernorts Zuflucht gesucht. Ein erheblicher Teil von ihnen hat sich in neu entstandenen Vierteln am Rande von San Cristóbal de Las Casas angesiedelt.<sup>67</sup>

Dennoch gibt es auch vereinzelte positive Entwicklungen. Trotz der anhaltenden Unsicherheit kehrten Ende August 2001 mehr als 300 Angehörige von *Las Abejas* nach mehr als vier Jahren in ihre Heimatgemeinden zurück, nachdem unter Vermittlung der neuen Staatsregierung ein Abkommen zwischen dieser Vereinigung, den Autoritäten der betroffenen Ejidos und der Gemeindeverwaltung von Chenalhó zustande gekommen war.<sup>68</sup> Auch eine Reihe von Flüchtlingen aus dem vom EZLN kontrollierten Gebiet befinden sich inzwischen wieder in ihren Heimatorten.<sup>69</sup>

Die erste nicht vom PRI gestellte Staatsregierung unter Pablo Salazar Mendiguchía war im Landesparlament mit der Blockadehaltung des PRI konfrontiert. Die ehemalige Staatspartei hat bei den auf den Aufstand folgenden Wahlprozessen ihre Position ausbauen können. So errang bei den Wahlen im Oktober 2001 der PRI 21 von 24 Abgeordnetensitzen und 72 von insgesamt 118 Bürgermeisterämtern (*presidencias municipales*).<sup>70</sup> Der Erfolg der Partei verdankte sich jedoch weniger der eigenen Stärke – sie verlor im Vergleich zur letzten Gouverneurswahl erheblich an Stimmen –, sondern war wesentlich auf die Spaltung der *Alianza pro Chiapas* zurückzuführen.<sup>71</sup> Positiv ist zu vermerken, dass die Wahlen ohne Zwischenfälle verliefen und auch in indianischen Gemeinden, wo dies vor kurzem noch undenkbar schien – wie z.B. in San Juan Chamula – andere Parteien als der PRI ungehindert agieren konnten.<sup>72</sup>

Das EZLN hat in den letzten Jahren Anhänger verloren. Zudem ist die internationale Hilfe an die Zapatisten zurückgegangen, da viele NGOs begonnen haben, stattdessen mit der Regierung von Pablo Salazar zusammenzuarbeiten.<sup>73</sup> Eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes wäre unter den gegenwärtigen Bedingungen politisch nicht vermittelbar und so läuft das EZLN Gefahr, durch einen allmählichen Erosionsprozess seine politische Bedeutung zu verlieren.

---

<sup>67</sup> Vgl. *Proceso* (1189: 33-34).

<sup>68</sup> Vgl. CDHFCB (2001).

<sup>69</sup> Vgl. Viqueira (2001: 34).

<sup>70</sup> Vgl. Viqueira (2001: 29, 31-32).

<sup>71</sup> Vgl. Viqueira (2001: 31).

<sup>72</sup> Vgl. Viqueira (2001: 29); siehe auch Sonnleitner (2001: 22, 29).

<sup>73</sup> Vgl. Viqueira (2001: 33-34).

Selbst wenn dies geschehen sollte, hätte das EZLN immerhin drei Dinge erreicht: In den indigenen Gemeinden haben die Zapatisten auf eine stärkere Einbeziehung von Frauen und jüngeren Männern in die politischen Entscheidungsprozesse und die Gleichberechtigung der Geschlechter hingewirkt. Im nationalen Rahmen hat das EZLN die Diskussion um eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, insbesondere um die Neuordnung des Verhältnisses des mexikanischen Staates zu den indianischen Gruppen, enorm angeregt. Und schließlich sind die Zapatisten weltweit zu einem wichtigen Symbol des Widerstandes gegen neoliberale Formen der Globalisierung geworden.

### Literaturverzeichnis

- Arizpe, Lourdes (1994): "Chiapas: Los problemas de fondo". In: Navarro, David Moctezuma (Hrsg.): *Chiapas. Los problemas de fondo*. Cuernavaca, S. 19-32.
- Aubry, Andrés/Inda, Angélica (1997a): "Quiénes son los paramilitares?". In: *La Jornada*, 23.12.1997.
- (1997b): "El pueblo paramilitar Los Chorros". In: *Masiosare*, 28.12.1997.
- Avilés, Jaime (1997): "Ruiz Ferro y los paramilitares. Relaciones al desnudo". In: *Masiosare*, 21.12.1997.
- CDHFBC – Centro de Derechos Humanos 'Fray Bartolomé de Las Casas' (o.J.): *Ni paz ni justicia*. San Cristóbal.
- (1998): *Camino a la masacre. Informe especial sobre Chenalhó*. San Cristóbal.
- (2001): "Paramilitares de Chenalhó indebidamente absueltos". In: *Boletín de Prensa*, 22.11.2001.
- CIACH – Centro de Información y Análisis de Chiapas (1997a): "La guerra encubierta a través de pistoleros, guardias blancas y paramilitares". In: *Boletín La Opinión*, Nr. 79, 5.11.1997.
- (1997b): "Intento de homicidio a los obispos de Chiapas. La situación detrás de los hechos". In: *Boletín La Opinión*, Especial 1, 5.11.1997.
- Collier, George A. (1994): *Basta! Land and the Zapatista Rebellion in Chiapas*. Oakland, Cal. *Excelsior*. Tageszeitung, Mexiko-Stadt.
- Gabbert, Wolfgang (1995): "Vorwärts in die Vergangenheit – Finanzkrise und Refeudalisierung der Politik in Mexiko". In: Dirmoser, Dietmar et al. (Hrsg.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Band 19. Bad Honnef, S. 206-224.
- (1999): "Violence and Social Change in Highland Maya Communities, Chiapas, Mexico". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, 25.3/4, S. 351-374.
- (2001a): "'Das Vergessen bedeutet die Niederlage!' – Der Marsch der Zapatisten nach Mexiko-Stadt". In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 7, 6.4.2001, S. 69-76.

- (2001b): "Staat, Paramilitärs und dörfliche Konflikte im Hochland von Chiapas, Mexiko". In: Höpken, Wolfgang/Riekenberg, Michael (Hrsg.): *Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und in Lateinamerika*. Köln, S. 131-148.
- (2003): "Das Massaker von Acteal im politischen und sozialen Kontext von Chenalhó". In: Köhler, Ulrich (Hrsg.): *Chiapas. Gegenwärtige Situation und Zukunftsperspektiven für die Krisenregion im Südosten Mexikos*. Frankfurt/Main, S. 253-274.
- García de León, Antonio (1998): "Chiapas: La carrera contra el tiempo". In: *La Jornada Semanal*, 15.2.1998.
- Harvey, Neil (1994): *Rebellion in Chiapas. Rural Reforms, Campesino Radicalism, and the Limits to Salinismo*. La Jolla, Cal. [Transformations of Rural Mexico No. 5, revised and updated edition].
- La Jornada*, Tageszeitung, Mexiko-Stadt.
- LAMNR (Latin American Mexico & NAFTA Report). London.
- Le Bot, Yvon (1997): *Subcomandante Marcos. El sueño zapatista*. Barcelona.
- Lomeli González, Arturo (1997): "Ruiz Ferro nunca investigó el asesinato de Cristóbal Pérez Medio". In: *Masiosare*, 28.12.1997.
- Masiosare*. Beilage zu *La Jornada*. Mexiko-Stadt.
- Nash, June (2001): *Maya Visions. The Quest for Autonomy in an Age of Globalization*. New York/London.
- Obregón, María (1997): "La rebelión zapatista en Chiapas: Antecedentes, causas y desarrollo de su primera fase". In: *Mexican Studies*, 13.1, S. 149-200.
- Pérez Grovas, Víctor (1998): "Desplazados de Chenalhó: Es mejor resistir". In: *Masiosare*, 18.1.1998.
- Petrich, Blanche (1997): "La tragedia de los desplazados". In: *Masiosare*, 14.12.1997.
- Proceso*. Nachrichtenmagazin. Mexiko-Stadt.
- Ramírez Cuevas, Jesús (1997): "Chiapas, mapa de la contrainsurgencia". In: *La Jornada*, 23.11.1997.
- (1998a): "Queremos de las armas que matan mucha gente". In: *Masiosare*, 4.1.1998.
- (1998b): "Acteal: La versión de la PGR". In: *Masiosare*, 22.2.1998.
- Reyes Ramos, María (2000): *El movimiento zapatista y la redefinición de la política agraria en Chiapas*. Paper presented at the 2000 Meeting of the Latin American Studies Association, 16.-18. März 2000. Miami.
- Rodríguez Araujo, Octavio (1996): "Del frente popular al frente zapatista". In: *El Cotidiano*, Nr. 76, S. 79-84.
- Russo, Tim (2000): "A Day in a Zapatista Autonomous Community". In: *NACLA*, 33, S. 5-23.
- Schüren, Ute (1997): "'Land ohne Freiheit': Mexikos langer Abschied von der Agrarreform". In: Gabbert, Karin et al. (Hrsg.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Band 21. Bad Honnef, S. 33-65.
- Sonnleitner, Willibald (2001): *Los indígenas y la democratización electoral. Una década de cambio político entre los tzotziles y tzeltales de Los Altos de Chiapas (1988-2000)*. México, D.F.
- Tello, Carlos (1995): *La rebelión de las Cañadas*. México, D.F.
- Tiempo*. Tageszeitung. San Cristóbal de las Casas, Chiapas.

- Viqueira, Juan P. (1995): "Los Altos de Chiapas: Una introducción general". In: Viqueira, Juan P./Ruz, Mario H. (Hrsg.): *Chiapas: Los rumbos de otra historia*. México D.F., S. 219-236.
- (2001): "Chiapas: Más allá del EZLN". In: *Letras Libres*, Dez., S. 29-34.
- Womack, John Jr. (1999): *Rebellion in Chiapas. An Historical Reader*. New York.